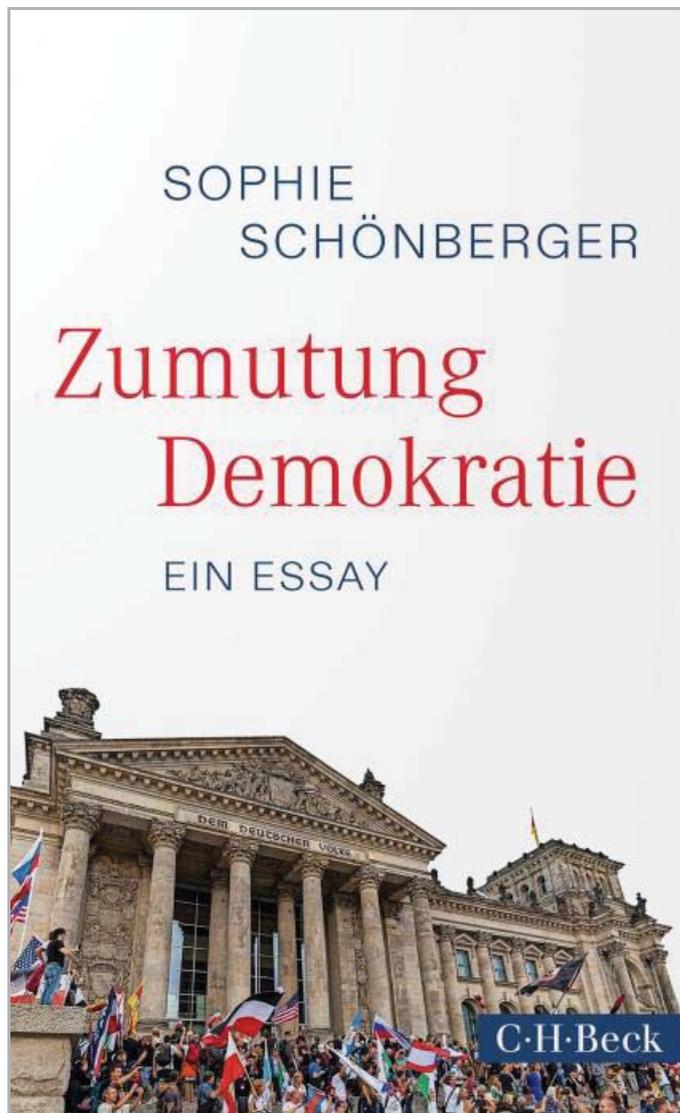


Unverkäufliche Leseprobe



Sophie Schönberger
Zumutung Demokratie
Ein Essay

2023. 189 S.
ISBN 978-3-406-80008-5

Weitere Informationen finden Sie hier:
<https://www.chbeck.de/34659434>

© Verlag C.H.Beck oHG, München
Diese Leseprobe ist urheberrechtlich geschützt.
Sie können gerne darauf verlinken.

Sophie Schönberger

Zumutung Demokratie

Ein Essay

C.H.Beck

Originalausgabe

Verlag C.H.Beck oHG, München 2023

www.chbeck.de

Umschlaggestaltung: Geviert – Büro für Kommunikationsdesign
München, Nastasja Abel

Umschlagabbildung: Teilnehmer einer Kundgebung gegen die
Corona-Maßnahmen besetzen am 29. 8. 2020 die Treppe zum
Reichstag und schwenken Reichsflaggen. Foto: © dpa/Achill
Abboud/NurPhoto

Satz: C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen

Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 80008 5



klimateutral produziert

www.chbeck.de/nachhaltig

Inhalt

I. Einleitung: Wellen der Demokratie	7
II. Wir. Zumutungen und Versprechen der Demokratie ..	11
Der «Andere» – eine demokratische Zumutung	11
Wen halten wir aus?	22
Zusammen allein? Demokratische Versprechen der Gemeinsamkeit	38
III. Ich und Ihr. Parameter demokratischer Gemeinschaft	55
Die Entfaltung des Ich und seine Darstellung im Ihr	56
Meine Freiheit, Deine Freiheit, unsere Freiheit	69
Ich mit mir: sich selbst ertragen	78
Kein Du, kein Ihr, nur Ich und Wir. Vom Kerngeschäft des Populismus	87
IV. Zusammenfinden und Auseinanderdriften	97
Miteinander regieren	98
Miteinander reden	119
Miteinander leben	146
V. Schluss: Begegnungen	151
Literatur	157
Anmerkungen	167
Personenregister	189

I.

Einleitung: Wellen der Demokratie

Demokratie ist nichts Selbstverständliches. Sie kommt in Wellen. Seit dem 19. Jahrhundert lässt sich beobachten, wie auf demokratische Errungenschaften überall auf der Welt immer wieder auch Krisen und Rückschläge folgen.¹ Die vor allem in Europa und Nordamerika verbreitete Erzählung eines kontinuierlichen, quasi unaufhaltsamen demokratischen Fortschrittsverlaufs war daher im eigentlichen Sinne historisch nie korrekt. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts zeigt sich nun aber besonders deutlich, wie die mit dieser Erzählung verbundenen Erwartungen zunehmend enttäuscht werden. Selbst große, eigentlich leuchtturmhaft wirkende Demokratien wie die USA stehen auf einmal in der Gefahr, einer demokratischen Erosion zu verfallen. Jüngere Demokratien wie Russland und Ungarn, die noch vor wenigen Jahren als Teil einer Demokratisierungswelle in Mittel- und Osteuropa gefeiert wurden, rutschen heute in (halb-)autoritäre Systeme ab.

In Deutschland ist dieser Prozess nicht in gleicher Weise evident und nicht in gleicher Weise bedrohlich. Aber auch hier

ist ein zunehmender Verlust von Vertrauen in die demokratischen Institutionen und ihre Problemlösungskraft greifbar. Dass eine kleine, aber wachsende Gruppe von Menschen, die sogenannten «Reichsbürger», dem Staat schlicht seine reale Existenz abspricht und Fabeln von einer herrschenden Deutschland GmbH verbreitet,² mag da nur ein kleiner Baustein in einem großen Bild sein. Dass mit der AfD eine Partei, die zunehmend in den Blick der Verfassungsschutzbehörden gerät und deren zuvor zurückgetretener Parteivorsitzender ihr zum Abschied attestiert, sie stünde in Teilen nicht mehr auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung,³ bei Bundestagswahlen immerhin mehr als zehn und bei einzelnen Landtagswahlen sogar zum Teil deutlich mehr als 20 Prozent der Wählerstimmen erringen kann, wiegt da schon deutlich schwerer.

Mittlerweile zeichnet sich zunehmend ab, dass es sich bei solchen Zersetzungerscheinungen nicht mehr allein um Absurditäten aus dem Bereich der Verschwörungsmysmen oder totalitäre Phantasien am äußersten rechten Rand handelt. Deutlich wird dies vor allem an den aktuellen Protestbewegungen, die sich im Rahmen der Corona-Pandemie formiert haben. Teile dieser Proteste nimmt der Verfassungsschutz seit dem Frühjahr 2021 als diffuse, zurzeit im Einzelnen noch nicht genau quantifizierbare, trotzdem aber jedenfalls in Teilen erkennbar gegen die demokratische Ordnung gerichtete Bewegung unter dem Stichwort «verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates» in den Blick.⁴ Ihr Teilnehmerspektrum reicht weit in solche Kreise hinein, die man bis vor kurzem noch als bürgerliche Mitte bezeichnet hat.

Die Ursachen für diese Krisenerscheinungen sind vielfältig. Sie haben aber jedenfalls, so die These dieses Essays, sehr viel

damit zu tun, dass die Bereitschaft in der Gesellschaft sinkt, mit einer zentralen Herausforderung der Demokratie zu leben: der Notwendigkeit sich gegenseitig auszuhalten. Demokratie ist keine One-man-Show, kein individuelles Selbstverwirklichungsprojekt und kein Ego-Trip. Die «Herrschaft des Volkes» setzt voraus, dass sich so etwas wie ein «Volk» im Sinne einer demokratischen Gemeinschaft überhaupt erst einmal konstituiert und als Kollektiv begreift. Damit muss jeder der an ihr Beteiligten nicht nur bereit sein, sich mit den anderen Mitgliedern der demokratischen Gemeinschaft in einer Einheit zusammenfassen zu lassen – mancher Vertreter radikal libertärer Ideen sieht darin oft schon eine unzumutbare Anforderung. Demokratie setzt darüber hinaus auch voraus, jeden Einzelnen dieser Gemeinschaft als grundsätzlich gleich zu akzeptieren, seinen Interessen, seinen Wünschen, seinen Meinungen und Ansichten also dieselbe Berechtigung zuzuerkennen wie den eigenen. Und schließlich verlangt sie, eine demokratisch gefasste Mehrheitsentscheidung als verbindlich anzuerkennen, auch wenn man sie für noch so falsch, irrational, schädlich oder widersinnig hält.

«L' enfer, c' est les autres» – die Hölle, das sind die Anderen, das ist jedenfalls ein Teil der Wahrheit in der Demokratie, die uns als Staatsform nicht nur ein großes Versprechen politischer Freiheit macht, sondern auch die Zumutungen auferlegt, die «Anderen» mit all ihren abweichenden Meinungen, Bedürfnissen und Interessen tatsächlich zu ertragen.⁵ Die aktuelle Krise der Demokratie ist daher jedenfalls auch eine Krise der Gemeinschaft, des Einanderaushaltens und des Zusammenfindens. Diese Krisenerfahrung aktualisiert die Frage, welche Zumutungen und Versprechen grundsätzlich in dem «Wir» liegen, das für jede Demokratie konstituierend ist, wie sich in

der Gegenwart überhaupt das «Ich» und das «Ihr» zu einem «Wir» verbinden können und in welcher Form die Demokratie als Regierungs- wie als Lebensform dem Zusammenfinden und dem Auseinanderdriften der Individuen begegnet.

Demokratie braucht Begegnungen, so werde ich am Ende dieses Buches argumentieren. Ein wesentlicher Impuls, um auf die demokratischen Herausforderungen der Gegenwart zu reagieren, kann daher darin liegen, solche Begegnungen nicht dem Zufall zu überlassen, sondern den komplexen tatsächlichen Rahmen, der sie ermöglicht, politisch ernst zu nehmen und bewusst zu gestalten. Gerade nach den Erfahrungen der Corona-Pandemie, in der aus infektionsschutzrechtlichen Gründen die Vereinzelung zum zentralen politischen Programm wurde, muss sich Demokratiepoltik daher heute weit über die klassischen Bereiche hinaus als eine Gestaltungsaufgabe verstehen, in der es jedenfalls auch in einem sehr grundlegenden Sinne darum geht, die «Anderen» als Teil des eigenen Lebens sichtbar, erlebbar und aushaltbar zu machen.

II.

Wir. Zumutungen und Versprechen der Demokratie

Der «Andere» – eine demokratische Zumutung

Demokratie braucht Gemeinschaft. Ihre Anziehungskraft mag sich zwar maßgeblich aus einem großen politischen Freiheitsversprechen für den Einzelnen speisen. Aber diese individuelle Freiheit steht nie für sich, sondern ist nur ein besonderes Merkmal, das die Demokratie als Ordnungsform des Kollektivs auszeichnet. Demokratie ist kein Selbstverwirklichungsprojekt. Sie ist vielmehr darauf gerichtet, Gemeinschaft zu organisieren und das Zusammenleben zu ordnen.

Demokratie setzt daher denotwendig voraus, dass der Einzelne überhaupt dazu bereit ist, sich mit anderen Menschen zu einem Gemeinwesen zusammenfassen zu lassen, das dann demokratisch organisiert werden kann. In diesem Prozess des Zusammenschlusses und seinen Folgen für das demokratische Zusammenleben liegen die zentralen Zumutungen der Demo-

II. Wir. Zumutungen und Versprechen der Demokratie

kratie begründet, die mit ihren Verheißungen und Versprechen untrennbar verbunden sind. Diese Zumutungen werden letztlich durch die «Anderen» gebildet, deren politische und reale Existenz ausgehalten werden muss. Denn die Demokratie, die auf Gemeinschaft beruht, ist unentrinnbar mit der Frage konfrontiert, wer zu dieser Gemeinschaft dazugehört und wer aus ihr ausgeschlossen bleibt. Mit dieser Unterscheidung markiert sie die Grenzen des Aushaltenmüssens.

Eine kurze Geschichte demokratischen Ausschließens

Betrachtet man Demokratie in einem sehr grundlegenden Sinne als Herrschaft des Volkes, so muss in jeder Demokratie entschieden werden, wer zu diesem herrschenden Volk gehören soll. Die Abgrenzung derer, die an der demokratischen Herrschaft teilhaben dürfen, von denen, die ihr lediglich unterworfen sind, begründet damit notwendigerweise immer auch einen Akt der Ausgrenzung. Die Demokratie, die eigentlich als politisches Freiheitsversprechen unter Gleichen konzipiert ist, beginnt so mit der Herstellung von Ungleichheit zwischen denen, die dazugehören, und denen, die eben nicht Teil des «Volkes» sind.

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de